Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 23. | Dresden, Freitag den 29. Januar 1909. | 20. Jahrg.

Der Appell der Bergarbeiter.

Am Montag den 1. Februar werden sich in Berlin die legierten der Bergarbeiter Deutschlands versammeln, um en gemeinsamen Appell an die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung zu richten. Sie werden fordern, daß end- den Grubenarbeitern ein besserer Schutz gegen die wachsen- Gefahren des Bergwerksbetriebes gesichert wird. Viel- cht werden Freunde der Arbeiterzersplitterung den Ausdruck meinsamer Appell" mit dem Hinweis auf die Tatsache be- ngeln, daß eine der in Deutschland bestehenden Berg- beiterorganisationen nicht an dem Bergarbeiterkongreß be- ligt ist. Das ist leider richtig, aber ebenso richtig ist, daß Ablehnung der Beteiligung eine rein persönliche gelegenheit des Vorstandes des Gewerk- reins christlicher Bergarbeiter ist. Nicht mal die Führer dieses Gewerkvereins sind sich in ihrer ehnenden Stellungnahme einig; es hat sich überdies heraus- ellt, daß in einer Reihe öffentlicher Bergarbeiterversamm- gen auch viele Gewerkvereinsmitglieder dem Kongreß- anken zustimmten. Die Haltung des Gewerkvereinsvor- des wird verständlicher, wenn man an folgendes erinnert: im Vorjahre der dem christlichsozialen Grüppchen ange- ende Abg. Behrens, Generalsekretär des Bergarbeiter- erkvereins, für den Sprachenparagraphen im ichsvereinsgesetz gestimmt hatte, schrieb sogar Gewerkvereinsorgan Der Bergknappe: „Die Mit- eder und Vertrauensleute des christl. Ge- rkvereins seien empört über die Abstim- ung des Generalsekretärs Behrens." Nach- ist mit Mühe und Not ein Schleier über die fatale Ge- te gedeckt worden. Aber der Vorstand des polnischen sfvereins der Bergleute erklärte darauf in einer Zu- ft an den Gewerkvereinsvorstand, es sei den Vertretern des sfvereins nicht mehr möglich, mit dem Abg. neralsekretär Behrens in der Siebener- mission (die seit dem Generalstreik 1905 bestehende imlams Kommission der vier Bergarbeiterverbände schlands) zusammen zu arbeiten! Seitdem ist Siebenerkommission außer Funktion getreten. Die Nicht- ligung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter an dem iner Kongreß ist eine weitere Folge des gewerkschafts- igenden Verhaltens des Herrn Behrens. Durch die Be- elung des Falles Behrens ist der Gewerkvereinsvorstand ie Zwangslage gekommen, entweder statt seines hakatisti- Generalsekretärs einen anderen Vertreter in die Siebener- mission zu delegieren oder dem Herrn Behrens zuliebe auf gemeinsame Arbeiten mit den anderen Berufsgenossen zu ichten. Der Gewerkvereinsvorstand hat das letztere vor- gen.

Die Erklärung des Gewerkvereinsvorstandes, er habe Sache eine Petition an den Reichstag gesandt, darum sei Kongreß überflüssig, kann nicht ernst genommen werden. weiteren Begründung der Nichtbeteiligung werden dann artungen der Polemik zwischen den Konkurrenzorgan- onen herangezogen, was um so weniger stichhaltig ist, da die eren Organisationen sich wirklich keiner kameradschaftlichen andlung seitens der christlichen Gewerkvereinsagitatoren erfreuen hatten. Scharfe Ausdrücke sind beiderseits ge- en, aber nur die keiltreibenden Gewerkvereinsleiter stellten werten Persönlichkeiten über die gemeinsame Sache der garbeiter.

Dennoch wird der Kongreß, wie heute schon ruhig be- ptet werden kann, auch nicht einen Beschluß fassen, der nicht der gesamten Bergarbeiterschaft anerkannt d. Es beteiligen sich an dem Kongreß der Berg- beiterverband, die Polnische Berufsver- nigung und der Hirsch-Dunckersche Gewerk- rein der Bergarbeiter. Diese drei Verbände um- en zurzeit über 150 000 Mitglieder; es sind daher zirka Fünftel der organisierten Bergarbeiter Deutschlands auf Kongreß direkt vertreten. Seinen Beschlüssen werden auch übrigen Grubenarbeiter zustimmen, trotz des Selbstaus- ufses der Gewerkvereinsführer.

Die furchtbare Grubenkatastrophe in Radbod gab den mittelbaren Anstoß zu dem Kongreß. Die Ankündigung der gierung, es solle abermals das Berggesetz reformiert wer- , zwingt die Bergarbeiter jetzt erst recht, mit ihren Be- werden und Forderungen vor die breite Oeffentlichkeit zu en.

Soeben werden die vorläufigen Unglücksziffern aus der tschen Bergwerksindustrie von 1908 bekannt. Wahrhaft fentlich ist die Sprache dieser Zahlen! Es haben sich nach licher Zählung ereignet:

	Bergmannsunfälle überhaupt	Davon sofort tödliche
1900	58 471	1145
1902	67 786	1080
1904	80 204	1178
1906	87 892	1211
1907	99 455	1748
1908	103 582	1869

Die Verwüstung von Menschenleben im Bergbau wurde mer gräßlicher. Seitdem die Knappschaftsberufsgenossen- ft besteht (1885), sind in Deutschlands Bergwerksindustrie

25 651 Arbeiter sofort getötet

worden! Die Zahl der überhaupt vorgekommenen leichten, schweren und tödlichen Unfälle beläuft sich auf insgesamt

1 220 551 !!!

Das sind grauenerregende Ziffern, sie sind um so fürchterlicher, weil, wenn keine gründliche Gesetzes- und Betriebsreform eintritt, ein weiteres Anschwellen der Unfallziffern mit Gewißheit zu erwarten ist. Auf 1000 Bergarbeiter sind nämlich entfallen:

	Unfälle überhaupt	Schwere und tödliche
1887	71,2	8,30
1890	72,5	8,50
1900	103,4	12,20
1907	126,2	15,53

Die Behauptungen der Regierung und der Unternehmer, es sei das Menschenmöglichste zum Schutz der Bergarbeiter getan, werden widerlegt durch die Tatsache, daß in Großbritannien, Belgien und Frankreich regelmäßig 30 bis 50 Prozent weniger Bergarbeiter tödlich verunglücken als in Preußen und Deutschland. In jenen drei Staaten funktionieren seit vielen Jahren auch Arbeiterkontrolleure zwecks Erhöhung der Betriebssicherheit! Mögen nun die Gegner der Arbeiterkontrolleure ihren Wert noch so sehr herabsetzen, daß dort, wo sie eingeführt wurden, die tödlichen Unfälle bedeutend seltener sind als in Preußen-Deutschland, dem angeblichen Lande der Sozialreform, kann auch mit der abgefeimtesten Rabulistik nicht aus der Welt gestritten werden.

Auch durch die augenblickliche Wirtschaftskrise im Bergbau gewinnt der Bergarbeiterkongreß für die breite Oeffentlichkeit ein erhöhtes Interesse. Ohne Rücksicht auf die Folgen ist von den Bergwerksunternehmern die Zahl der Arbeiter ungemein vermehrt worden. Im Jahre 1908 wurden insgesamt etwa 750 000 Arbeiter in den Gruben und ihren Obertagsanlagen beschäftigt. Zehntausende sind mehr angelegt worden, meistens herangezogen aus den ostelbischen Ackerbaubezirken und dem Auslande, verlockt durch trügerische Vorspiegelungen unverantwortlicher Agenten. Zur Zeit als die internationale Wirtschaftskrise schon offenkundig war, auch da noch wurde der vieltausendköpfige Zustrom in die Bergbaudistrikte gelenkt.

Nun aber sind die Lager überfüllt; trotz Produktionseinschränkungen und Feierschichten sammeln sich riesige Brennstoffhaufen in den Syndikatslagern und auf den Zechenplätzen an. Und wo vor wenigen Monaten noch scharenweis Zuwanderer angelegt wurden, da haben nun Arbeiterentlassungen begonnen. Die verbleibenden Arbeiter werden mit starken Lohnabzügen bedacht. Ein Zechenblatt schrieb schon für Dezember, infolge der Lohn- und Gedingeabzüge nehme die Leistung der Arbeiter zu! Mit anderen Worten: Die Teuerungsverhältnisse zwingen den Arbeiter, noch mehr wie vordem zu schuften, um bei den reduzierten Gedingen auf die früheren, unbedingt nötigen Verdienste zu kommen. Daraus resultiert wieder eine Erhöhung der Betriebsunfälle!

Diese Zustände sind derart unhaltbar geworden, daß selbst die Industrie, ein Organ für die Kohlen-, Kali- und Erzbergbauindustrie, schreibt, die Ankündigungen der Lohnabzüge und Arbeiterentlassungen beweisen:

„daß also die Arbeiter den Schaden tragen sollen, der durch das unwirtschaftliche lange Hochhalten der Preise den Zechen entstanden ist, während sich die Aktionäre keine Beschneidung der Dividende gefallen lassen möchten."

Hiermit ist auf die zunächst den Bergarbeitern zugefügten Schäden hingewiesen. Aber es entstehen schließlich daraus die größten Schädigungen des gesamten Kohlen verbrauchenden Publikums. Wie die Erfahrung lehrte, bereiten sich in Zeiten wie die jetzige große Bergarbeiterbewegungen vor. Lohndruck, Feierschichten, Arbeiterentlassungen, rücksichtsloses Ignorieren der Arbeiterbedürfnisse haben auch vor den Streikjahren 1889 und 1905 eine große Erbitterung in der Arbeiterschaft angesammelt. Den Ausbruch der Erbitterung erlebten wir 1889 und 1905 in den gewaltigen Arbeitseinstellungen. Indessen können die Grubenbesitzer dem Ausbruch der Empörung behaglich entgegensehen! In einer vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes soeben herausgegebenen Schrift: Bergarbeiterleiden in Deutschland, wird der bündige Nachweis geführt, daß die Grubenbesitzer kraft ihres Ausbeutungsmonopols ihre etwaigen Streikunkosten in Form von ganz enorm erhöhten Kohlen-, Koks- und Brikettpreisen mehr als reichlich auf die Kohlenkonsumenten abwälzen! Die Grubenherren machen durch die Bergarbeiterstreiks ein gutes Geschäft! Aus diesem Grunde verhalten sich die Unternehmer so halsstarrig gegen zeitgemäße Berggesetzreformen, aus diesem Grunde können sie ohne Furcht, selbst geschädigt zu werden, die Arbeiter drangsalieren und aufreizen durch Gedinge- und Lohnabzüge, Maßregelungen energischer Arbeitervertreter oder Zirkulation von schwarzen Listen. Das ganze Volk ist in ein Tributverhältnis zu den Grubenausbeutern geraten! Eine Handvoll märchenhaft reicher Syndikatsmonarchen herrscht heute absoluter als je irgend ein König „von Gottes Gnaden"!

Gelingt es den Bergarbeitern nicht, einen dem mörderischen Betriebssystem angepaßten Lebensschutz, eine Sicherung ihrer Kulturansprüche durch den Appell an die öffentliche Meinung wie an die Gesetzgebung zu erreichen, dann bricht über kurz oder lang ein unerhört gewaltiger Kampf in den Bergwerksbezirken aus! Dieser Ansicht hat auch unlängst der bekannte Generalsekretär Effert vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter öffentlich Ausdruck gegeben. Die Kosten dieses Riesenkampfes der Grubenproletarier würde ganz bestimmt das Kohlen verbrauchende Publikum zu tragen haben.

Nicht die wirtschaftliche oder technische Möglichkeit, die Forderungen der Bergarbeiter nach besserem Schutz ihres Lebens zu erfüllen, braucht diskutiert zu werden. Diese Möglichkeit besteht. Es handelt sich nur um den Willen des Gesetzgebers und der Grubenausbeuter, zu gewähren, was die Bergarbeiter im Interesse ihres Lebens, aber auch zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft fordern. Früh genug appellieren diesmal die Bergarbeiter an die Humanität und die Vernunft. Sollte ihre Stimme wieder ungehört verhallen, so tragen die Herrschenden allein die volle Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen.

„Sozialdemokratische Indiskretion."

Die bürgerliche Presse berichtet unter dieser Ueberschrift über ein Vorkommnis, an dem ein Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beteiligt ist. Aus der Reichstagsfraktion wird uns dazu mitgeteilt, daß durch ein bedauerliches Versehen eines in der Budgetkommission anwesenden Fraktionskollegen Mitteilungen aus einer als vertraulich bezeichneten Verhandlung der Kommission veröffentlicht worden sind. Dieser Vorgang führte zu Erörterungen in der Budgetkommission, die ebenfalls als vertraulich erklärt wurden. Von letzteren Erörterungen hat der Vorwärts Notiz genommen, da in dem ihm darüber zugegangenen Bericht der vertrauliche Charakter dieser Verhandlungen nicht erwähnt war.

Wir stellen fest, daß die Fraktion es von jeher für selbstverständlich gehalten hat, daß über vertrauliche Auskünfte keinerlei Mitteilungen gemacht werden, weshalb die Fraktion diese beiden Vorkommnisse lebhaft bedauert.

* * *

Genosse Noske schreibt uns hierzu noch folgendes:

Von einem Vertrauensbruch, dessen ich mich schuldig gemacht haben soll, kann keine Rede sein. In der Budgetkommission hat der Staatssekretär des Aeußern an mehreren Tagen Fragen der auswärtigen Politik besprochen. Ein Teil der Ausführungen des Staatssekretärs sollte vertraulich behandelt werden. Für das parlamentarische Bureau Baake, das meines Wissens ausschließlich deutsche sozialdemokratische Blätter mit Berichten über die Reichstagsverhandlungen und Kommissionssitzungen bedient, habe ich einige Berichte geschrieben. So auch über die Sitzung vom Freitag voriger Woche, in der Staatssekretär v. Schoen über Fragen der Balkanpolitik sprach. Die Ausführungen des Staatssekretärs waren zu einem erheblichen Teil Auskünfte auf Fragen, die von Abgeordneten gestellt worden waren. In dem Bericht für das Baakesche Bureau ist nun lediglich erwähnt, welche Dinge der Staatssekretär besprochen hat. Der Bericht stellt sich in der Hauptsache als ein Aneinanderreihen von Kapitelüberschriften dar. Die tatsächlichen Ausführungen über die verschiedenen Fragen der Balkanpolitik sind in dem Bericht nicht wiedergegeben worden. Ich hielt diese Art der Berichterstattung für absolut einwandfrei. Am Dienstag teilte der Staatssekretär mit, daß in der Wiener Freien Presse ein Bericht über die Kommissionssitzung erschienen sei. Als der Bericht verlesen wurde, hörte ich zu meinem Erstaunen, daß darin zum Teil wiedergegeben worden war, was ich für das Baakesche Bureau geschrieben hatte. Um den Bericht noch einmal nachzulesen, eilte ich nach dem Lesesaal des Reichstags. Als ich in das Sitzungszimmer zurückkam, habe ich mich sofort bei dem Kommissionsvorsitzenden gemeldet, daß ich zwar auf Ehrenwort versichern könnte, nicht eine Zeile für das Wiener Blatt geschrieben zu haben, aber zugeben müsse, daß der Bericht von mir für das Baakesche Bureau geschrieben worden sei. — Darauf ist von dem nationalliberalen Abg. Semler erklärt worden, daß er meine Offenheit anerkenne und daß mein guter Glaube bei Niederschrift des Berichts nicht anzuzweifeln sei. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die Sache auf sich beruhen zu lassen; gleichzeitig wurde den Anwesenden die Pflicht auferlegt, über den Vorfall keinerlei Mitteilung über den Rahmen der Kommission hinausgelangen zu lassen. Das ist einstimmig beschlossen worden. Nachträglich habe ich festgestellt, daß der Berliner Vertreter der Wiener Freien Presse, Dr. Goldberg, sich meinen Bericht von einem Angestellten des Baakeschen Bureaus ausgebeten und erhalten hat und dann daraus nach Wien telegraphierte, was ihm für sein Blatt bemerkenswert erschien.

* * *

Genosse Lehmann gibt uns folgende Erklärung: Aus den Verhandlungen habe ich nichts mitgeteilt, ich habe weder einen Redner genannt, noch die zu dieser Sache gestellten Anträge erwähnt, sondern bloß geschrieben:

„Zu Beginn der Sitzung wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß in einem auswärtigen Blatte ein Bericht über die Verhandlungen der Kommission erschienen sei, die als vertraulich angesehen werden sollten. Nachdem der betreffende Abgeordnete erklärt habe, sich über die Natur der gemachten Mitteilungen im Irrtum befunden zu haben, wird die Angelegenheit für erledigt erklärt. Um späteren Irrtümern zuvorzukommen, soll bei vertraulichen Mitteilungen jeweils an der Eingangstür ein entsprechendes Plakat angebracht werden, damit auch später kommende Abgeordnete über den Charakter der Verhandlungen informiert sind."

Ich hatte also angenommen, daß das Schweigegebot sich nur auf die Einzelheiten der Verhandlungen beziehe, glaube aber, von der Tatsache und ihrer Erledigung um so mehr Notiz nehmen zu müssen, als ich annehmen konnte, daß der Artikel in der Wiener Freien Presse zu Erörterungen in den Zeitungen führen würde. Daß beschlossen wurde, selbst den eigenen Fraktionskollegen gegenüber Verschwiegenheit zu bewahren, ist mir vollkommen unbekannt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090129/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG